

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0832/2013 öffentlich 19.09.2013
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 19.09.2013	Ratsversammlung	Ratsfrau Langfeldt, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Hirdes, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW-Ratsfraktion
Betreff: Änderungsantrag zu TOP 11.3. Scientology, Drs. 0742/2013		

Antrag:

Die Ratsversammlung bittet die Verwaltung um eine geschäftliche Mitteilung im Innen- und Umweltausschuss, in welcher darüber Auskunft erteilt wird, wie viele Sondernutzungen im Kieler Stadtgebiet in den Jahren 2008 - 2013 jeweils von der Scientology-Organisation beantragt und bewilligt wurden. Soweit Bewilligungen erfolgten, ist aufzuführen, auf welcher Basis diese erfolgten, sowie in welcher Höhe Gebühren hierfür festgesetzt und geleistet wurden.

Zudem wird um eine rechtliche Bewertung zu den Möglichkeiten der Nichtgenehmigung von Sondernutzungen durch die Scientology-Organisation gebeten. Auch sollen Möglichkeiten von Satzungs- und Regelungsänderungen erörtert werden, die dazu geeignet sind, dazu beizutragen, dass in Kiel möglichst wenig Werbung für die Scientology-Organisation erfolgt.

Begründung:

Die Scientology-Organisation wird einem Beschluss der Innenminister und –senatoren zufolge seit 1997 aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen durch die Verfassungsschutzbehörde beobachtet. Die Rechtmäßigkeit dieser Beobachtung wurde bestätigt durch das OVG Münster, welche 2008 feststellte, dass Scientology eine Gesellschaftsordnung anstrebe, in der zentrale Verfassungswerte außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden sollten. Es gäbe tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Scientology sein Wertesystem auf die staatliche Ordnung übertragen wolle (siehe Verfassungsschutzbericht des Landes Hamburg, Juni 2010, Seite 212).

Verschiedene Städte haben in der Vergangenheit versucht, auf unterschiedlichen Wegen sogenannte Informationsstände von Scientology in ihren Städten zu verhindern, mit unterschiedlichem Erfolg. Es gilt, die aktuell auf der Basis der städtischen Satzungen und Regelungen möglichen Schritte konsequent anzuwenden und zudem zu prüfen, ob und welche weiteren Möglichkeiten genutzt werden können, die dazu geeignet sind, in Kiel möglichst wenig – besser keine – Möglichkeiten der Werbung für die Scientology-Organisation zu erreichen.

Gez. Ratsfrau Gesa Langfeldt f.d.R

Gez. Ratsfrau Dagmar Hirdes f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker